Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinsp. Zeile 10 Pf.

Abonnement vierteljährl. 1 M. 20 Pf. (incl. Bringerlohn) in der Expedition, bei unsern Boten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

№ 55. Dienstag, den 10. Mai **1881.**

Bekanntmachung.

Wegen stattfindender Reinigung der Rathsexpeditions-, Stadt- und Sparkassen-Localitäten bleiben dieselben **Freitag, den 13.** und **Sonnabend, den 14. d. M.** geschlossen und können an diesen beiden Tagen nur **die dringlichsten Sachen** Erledigung finden.

Eibenstock, am 9. Mai 1881.

Der Stadtrath.

Rose. B.

Bekanntmachung.

Der Eisengießer **Fried. Wilh. Neukirch** in Eibenstock ist wegen Beleidigung des Unterzeichneten zu 20 Mark Geldstrafe, an deren Stelle für den Fall der Uneinbringlichkeit eine fünftägige Gefängnißstrafe zu treten hat, und zu Tragung und Erstattung der dem Beleidigten erwachsenen Kosten verurtheilt worden.

Blauenthal, den 9. Mai 1881.

Dr. C. Reichel.

Gem.-Vorst.

Die Waffe des Islam.

Mit dem gleichen Interesse, welches Europa während des russisch-türkischen Krieges nach Osten blicken ließ, werden die Politiker durch den Krieg Frankreichs gegen Tunis erfüllt. Ob es gerathen war, gerade jetzt die Gelegenheit vom Zaun zu reißen, um wegen eines räuberischen Einfalles einer Beduinenhorde einen Krieg zu beginnen, das zu untersuchen, ist weder unsere Sache, noch hat es einen Zweck; der Krieg hat eine andere Ursache, die wir zu ergründen versuchen wollen. Daß man denselben französischer Seits begann, muß aber doch noch immer weit tieferen Grund als die Grenzverletzung haben. Drei sehr triftige Ursachen sind anzunehmen, erstens: Der Einfluß Italiens begann in Tunis, dem östlichen Nachbarstaat von Algerien, überhand zu nehmen. Eine italienische Gesellschaft, welche die Absicht hatte, in dem Lande eine Eisenbahn zu bauen, wurde von dem Bey von Tunis vor einer französischen Gesellschaft, welche die gleiche Absicht hatte, bevorzugt. Frankreich fürchtete den überwiegenden Einfluß nun nicht allein an seiner afrikanischen Grenze, sondern auch im mittelländischen Meere, dem Italien die längste Küste zuwendet, zweitens suchte Frankreich es möglich zu machen, die Armeereorganisation zu prüfen und hatte in jener Gegend, die den wichtigeren Interessen Europas fern liegt, die passendste Gelegenheit, ohne den Allgemeinfrieden zu stören, ein ernsteres Manöver in größerem Style abzuhalten, drittens wird Frankreich möglicherweise, wie es den Engländern in Indien gelang, einer Religionsverbindung der Anhänger des Koran auf die Spur gekommen sein, die nichts geringeres bezweckte, als eine Empörung der arabischen Stämme in Algier und Vernichtung und Vertreibung der Europäer.

Letztere Annahme gehört nicht etwa in das Reich der Vermuthungen, es sind untrügliche Zeichen vorhanden, daß die Ulemas (Geistlichen des Islam) gesonnen sind, die grüne Fahne des Propheten Mohamed zu entfalten. Wird diese Fahne auf das Palais des Sultans, als dem Obersten der geistlichen und weltlichen Herren der Mohamedaner, aufgepflanzt, so ist es Pflicht jeden Bekenners des Propheten sich zu waffnen und dieser Fahne zum Untergang der Ungläubigen zu folgen. Der Fanatismus, der bei der Verbreitung des Islam vor 600 Jahren die Streiter für den Koran entflammte, ist noch keineswegs erkaltet; heute noch werden diese Streiter mit blinder Wuth und ohne Erbarmen gegen die Ungläubigen verfahren, wenn sie einmal zum Kampf für ihren Glauben ausgezogen sind.

Obgleich es vielfach geleugnet wurde, so steht es doch jetzt fest, daß die englische Regierung in Indien einem Complott auf die Spur gekommen ist, das nichts geringeres bezweckte, als eine allgemeine Erhebung der Mohamedaner, die mit der Ermordung der englischen Statthalter und der Beraubung der Kassen beginnen sollte, in gleicher Weise ist es jetzt den Franzosen in Afrika gegangen.

Wie schon vor einiger Zeit mitgetheilt wurde, ist der Oberst Flatters, der von der französischen Regierung beauftragt war, die Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahn durch die Wüste Sahara vorzunehmen, mit seiner Begleitung von den Arabern niedergehauen worden. Ein arabischer Häuptling, welcher bei der französischen Besatzung aus der Wüste ankam und sich damit brüstete, den Obersten Flatters gegen die feindlichen Stämme geschützt zu haben, suchte einen türkischen Pascha auf und übergab demselben einen Brief in arabischer Sprache. Der Türke, dieser Sprache nicht mächtig, bat sich von den Franzosen einen Dolmetscher aus. Durch diesen kam es denn an das Licht, daß der Brief eine Mittheilung an den Sultan enthielt, durch welche derselbe von der Niedermetzelung des Obersten Flatters mit seinen Leuten in Kenntniß gesetzt wurde.

Natürlich erkannte man nun in Frankreich sofort, daß der Heerd der Feindseligkeiten in Constantinopel zu suchen ist, ja man weiß ziemlich genau, daß der Sultan Mitglied des, Sassim genannten, Geheimbundes ist. Aus diesem Grunde werden auch die Einsprüche der Pforte gegen das Vorgehen Frankreichs in Tunis von diesem gar nicht beachtet. Daß Frankreich sehr triftige Gründe haben müsse, diesen Krieg zu beginnen, ist zweifellos, der Gewinn der wenigen Quadratmeilen Land durch eine etwaige Eroberung von Tunis kann es nicht sein, wohl aber die Erhaltung Algeriens, deretwegen bereits Millionen verausgabt sind; sie allein erfordert die weitere Ausgabe von Millionen zur Erhaltung des Landes und der Ehre.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Im Reichstage wurde am 5. Mai die Vorlage über 2jährige Etats- und 4jährige Wahlperiode berathen. Die Commission beantragte die Ablehnung der Vorlage, dagegen den jährlichen Zusammentritt des Reichstages im October. Im Laufe der Debatte erklärte Fürst Bismarck gegenüber Bennigsen, die Regierung habe kein Recht, die Nation über ihre Ziele im Dunkeln zu lassen; sie fürchte die nächsten Wahlen nicht, das Volk sei müde, sich von einer Fractionspolitik abhängig zu wissen. Der Antrag, den Reichstag jährlich im October einzuberufen, sei nicht blos eine Rücksichtslosigkeit gegen die Minister und Beamten, die in diesem Falle zur Vorbereitung der Vorlagen vom Juni an zusammenbleiben müßten, sondern auch ein Eingriff in die Rechte des Kaisers. Der Reichstag könne seine großen Aufgaben nicht lösen, wenn denselben die Berufsparlamentarier beherrschten, die zwar sehr geübte Redner, nicht aber mit den Volksinteressen sehr vertraute Berather seien. Die Nationalliberalen möchten sich nicht dem Bündniß der Opposition anschließen, das bis zur Sozialdemokratie gehe. Richter erklärte die Behauptung des Zusammengehens des Fortschritts mit den Sozialdemokraten als unwürdige Verdächtigung. Der Präsident erklärt den Ausdruck für unpassend. Der Kanzler sprach mit großer Erregung, die zwischen Zorn und weicher Stimmung wechselte, und wandte sich zuletzt nicht ohne herzliches Pathos an Bennigsen persönlich, der ihm vielfach und seit langer Zeit ein treuer Helfer gewesen und dem Deutschland für seine Verdienste ewigen Dank schuldig sei; er möge sich vor der Hinneigung nach Links hüten. „Ich erinnere ihn an ein auf hannoverschem Grund und Boden entstandenes Gedicht und bitte ihn in aller Herzlichkeit: „Laß nicht vom Linken Dich umgarnen.“

— Die Idee des Fürsten Bismarck, Berlin zur Provinzialstadt zu degradiren, hat im Auslande fast noch mehr Erstaunen und Kopfschütteln hervorgerufen, als in Deutschland selbst. Mit besonderem Eifer bemächtigt sich des unerquicklichen Zwischenfalls die französische Presse, die mit sichtlicher Schadenfreude den Gegensatz constatirt, den der deutsche Kanzler zwischen sich und der Hauptstadt des von ihm geschaffenen Reiches aufgeworfen hat. Die „République française“, Gambetta's Organ, bringt an der Spitze ihrer neuesten Nummer einen Leitartikel über die jüngste „Idee“ Bismarck's, betreffs deren sie äußert: „Ueberall in Europa betrachtet man den Aufenthalt der Regierung und des Parlaments im Schooße der wichtigsten Stadt des Landes als eine unentbehrliche Bedingung der politischen Einheit. Die Engländer würden aus den Wolken fallen, wenn man ihnen vorschlagen wollte, die Häuser der Lords und der Gemeinen nach Kent oder Oxfort zu verlegen. Versailles als Hauptstadt ist uns immer als eine lächerliche Curiosität erschienen, die von den Feinden der Republik erfunden wurde. Die Italiener haben an einer Art von patriotischem Fieber gelitten, so lange sie ihren König nicht in der Ewigen Stadt residiren sahen. Und Berlin, die Stadt, neben welcher die übrigen Königsstädte jenseits des Rheins nichts als kleine Flecken sind, Berlin soll nicht mehr würdig sein, die Vertreter der Nation und der verbündeten Regierungen zu beherbergen!“ — Die „République française“ findet es wohl begreiflich, daß ein Mann wie Bismarck, der keinen Widerspruch ertragen könne, Berlin, die Stadt des vorgeschrittenen Liberalismus, die Stadt der Zweifler und Kritiker, nicht nach seinem Geschmack finde. Doch dürfe man nicht vergessen, daß die Stadt zugleich die Schöpfung und das Symbol des preußischen Königthums, daß sie die Stadt Friedrichs des Großen sei, und daß man das deutsche Reich von Preußen trenne, wenn man seinen Sitz von Berlin weg verlege. Fürst Bismarck könne das im Ernst nicht wollen. Er kündige zwar stets vorher an, was er thun wolle, aber er thue doch nicht Alles, was er ankündige. Die Drohung, Berlin aufgeben zu wollen, sei vielleicht nichts als eine Grille oder vielmehr ein Wahlmanöver.

— Bei den in Paris zur Zeit statthabenden Verhandlungen der Münzconferenz äußerte der deutsche Abgesandte, Baron Thielmann: die deutsche Regierung wolle sich durch keine Erklärung binden. Vorläufig behalte sie die Goldwährung bei. Um den Silberwerth nicht zu drücken, werde sie den Verkauf der alten Silberthaler auf mehrere Jahre hinaus aussetzen und dann nur eine bestimmte, nicht gar zu große Quantität jährlich verkaufen. Außerdem könne Deutschland das Silber auch im eigenen Lande mehr und mehr verwerthen, wenn es die goldenen Fünfmarkstücke und die Fünfmarkscheine zurückzöge und dafür mehr silberne Fünf- und Zweimarkstücke von feinerem Gehalt ausprägte.

— Oesterreich. Die vielgestaltige Völkerfamilie, welche die österreichisch-ungarische Monarchie bildet, befindet sich in diesen Tagen in einer freudigen Aufregung, die alle politischen Differenzen in den Hintergrund drängt. In Wien findet Dienstag die Vermählung des Kronprinzen Rudolf mit der Prinzessin Stefanie von Belgien statt, an der das ganze Land den innigsten Antheil nimmt. Die Presse aller Parteien und aller Kronländer diesseits und jenseits der Leitha wetteifert in der Versicherung der Hingabe an die Interessen der Dynastie, die Ausbrüche der Festfreude innerhalb der Bevölkerung sind so spontaner Natur und tragen den Stempel natürlicher Empfindung so ausgeprägt an sich, daß ein Zweifel an der Wahrhaftigkeit dieser Empfindungen nicht aufkommen kann. Deutschlands Kaiser hat seinen Enkel, den Prinzen Wilhelm, als seinen Vertreter zu den Hochzeitsfeierlichkeiten nach Wien entsandt. Ein herzliches Freundschaftsband verbindet die beiden jugendlichen Fürstensöhne, die kurz nacheinander ihr Hochzeitsfest begangen. Die Sendung des Prinzen Wilhelm wird dem österreichischen Kaiserhause aufs Neue zeigen, wie hohen Werth man in Deutschland auf die Freundschaft Oesterreich-Ungarns legt.

— Rußland. Ueber Paris kommt die interessante Nachricht, daß eine durchgreifende Aenderung in der Uniformirung der russischen Armee bevorsteht, wie dies bei Regierungswechseln ja regelmäßig der Fall zu sein pflegt. Wie die „Nationalztg.“ vernimmt, soll

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id426614763-18810510/1